

Menschen bauen sich eine Existenz auf.

Der Bürgermeister aus Bascharage, Michel Wolter, will den CIGL des OPE-Netzwerkes in seiner Gemeinde abschaffen.

Er nimmt damit in Kauf dass 12 Menschen, die im CIGL beschäftigt sind um sich ihre Existenz aufzubauen, entlassen werden. Sie verlieren mit der Schliessung ihres Betriebes somit nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern auch die Grundlage um sich in unserer Gesellschaft eigenständig einzubringen.

Herr Wolter sagt, er wolle keinen solidarwirtschaftlichen Betrieb unterstützen, geschweige denn finanziell bezuschussen, nein, er wolle eine richtige Beschäftigungsinitiative in seiner Gemeinde sehen.

Was will er uns damit sagen ? Zum einen meint er dass die Menschen die keine Arbeit auf dem « normalen » Arbeitsmarkt finden, Massnahmen benötigen die sie « Fit und Flott » für diesen machen,. Und das kann eben nur eine Beschäftigungsinitiative, basta ! Er will also eine Art Betrieb aufbauen indem Menschen Arbeit finden, eine Ausbildung erhalten, mit Rat und Tat begleitet werden um dann gut durchtrainiert auf dem « ersten » Arbeitsmarkt eine Anstellung zu finden.

Wo ist der Unterschied zu einem solidarwirtschaftlichen Betrieb ? Auf den ersten Blick keinen, oder doch ?

Die Beschäftigungsmassnahme des Herrn Wolter will Menschen aufnehmen die nicht fähig sind eine Arbeitsstelle zu finden und ihnen mit einer zeitlich begrenzten Arbeitserfahrung den Weg auf den « ersten Arbeitsmarkt » ermöglichen.

Die Solidarwirtschaft nimmt Menschen auf die gerne arbeiten wollen aber ob der wirtschaftlichen Lage vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind.

Die Arbeiten in der Beschäftigungsinitiative dienen vorrangig als Training für die zu betreuenden Menschen um sich ans Arbeiten zu gewöhnen.

Die Arbeiten in der Solidarwirtschaft dienen dem Zweck nachhaltige Dienste für die Allgemeinheit zu leisten.

Die Beschäftigungsinitiative zwingt den zu betreuenden Menschen zu Ausbildungen, ob diese professionell oder persönlichkeitsfördernd sind, damit privatwirtschaftliche Betriebe eine grössere Auswahl an menschlicher Arbeitskraft haben. (.. ob diese deshalb mehr Menschen einstellen können, dies sei dahingestellt)

Die Solidarwirtschaft bietet den Menschen eine nachhaltige Arbeit und versucht über ihre Betriebe ein gemeinsames Lernen der hier Beschäftigten zu fördern, professionell und persönlichkeitsfördernd !

Die Beschäftigungsinitiative glaubt anscheinend nicht an den Sinn und Wert der von den Menschen geleisteten Arbeit, da diese nur dazu dient diese Menschen zu beschäftigen und deshalb ein Betreuungsverhältnis zeitlich auf zwei Jahre begrenzt bleibt.

Bei der Solidarwirtschaft ist der Ausgangspunkt zum Handeln die Beschreibung einer sinnvollen und nachhaltigen Arbeit die im Interesse der Gesellschaft geleistet werden muss und somit die Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten ebenfalls als nachhaltig begreift.

Beide Systeme wollen dem Menschen dienen. Nur, die Beschäftigungsinitiativen gehen schlichtweg von fähigen Menschen aus die Arbeit haben weil sie dazu fähig sind und solchen die unfähig sind und arbeiten lernen müssen. Wohingegen die Solidarwirtschaft jedem Menschen Fähigkeiten zuspricht und eher darauf bedacht ist diese Fähigkeiten eines jeden sinnvoll zu nutzen. Hier liegt der fundamentale Unterschied in der Wahrnehmung von Individuum und Kollektiv der es anscheinend unmöglich macht dass solidarwirtschaftliches Gedankengut in autoritär-konservative Konzepte passen kann.

Sich eine Existenz aufbauen hat doch sicherlich auch etwas Nachhaltiges an sich, auch wenn es sich für jeden Menschen nur um sein eigenes befristetes Dasein handelt. Nicht wahr, Herr Wolter.

**Präsentation OPE
Luzern, 12 November 2010**

Das Netzwerk « **Objectif Plein Emploi (OPE)** » in Luxemburg, das sind 400 Freiwillige in den über 30 lokalen Verwaltungsräten der örtlichen Träger (Vereine ohne Gewinnzweck). Das sind auch 60 angegliederte Gemeinden (von 116) und das sind rund 1000 geschaffene Arbeitsplätze. Das Netzwerk versteht sich als ein Modell der Solidarwirtschaft auf nationaler Ebene. Lokale nachhaltige Entwicklung und solidarisches Wirtschaften sehen wir als Grundprinzipien unseres Handelns. Um unsere Vorstellungen einer Solidarwirtschaft umsetzen zu können sind wir gezwungen im Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, welche ebenso von der nationalen wie auch der europäischen Politik vorgegeben werden, zu handeln. Dies macht uns die gestellte Aufgabe, die zu einer demokratisierung der Ökonomie führen soll, nicht leichter.

Denn : Selektive Sozialpolitik isoliert bewusst das Individuum und entspricht in keinster Weise unserem kollektiven Projekt. Aktive Arbeitsmarktpolitik stigmatisiert den Menschen der keine (Lohn)Arbeit hat und gibt der Gruppe als kreativem Gestaltungselement keinen Spielraum. Neoliberales Profit- und Konkurrenzdenken, als einzige Wachstumsmotoren, behindert nicht nur nachhaltiges Wirtschaften, sondern widersetzt sich auch einem kooperativen, nicht- gewinnorientierten und alternativen Gesellschaftsprojekt. So bleiben mögliche Investitionen in eine alternative Wirtschaft lediglich Finanzierungen von Sozialtransfers und, mögliche solidarische und gruppendynamische Projekte im Dienste des Gemeinwohls vegetieren weiter als uneffiziente Betreuungsstrukturen.

Deshalb : Versucht OPE die Politik sowie die Gewerkschaften und die Zivilbevölkerung breit und an der Basis (lokal) zu mobilisieren, diesen hiermit auch die Möglichkeiten schaffen Verantwortung zu übernehmen. Durch Förderung der Mischfinanzierung (auch Steuern als Solidarbeitrag) die « Investitionen » auf verschiedene Stakeholders zu verteilen. Der Profitwirtschaft durch Einflussnahme auf Gesetzesänderungen in Bezug auf unlauteren Wettbewerb (gleiche finanzielle Anreize für gleiche Leistungen), den Wind aus den Segeln zu nehmen. Gesetzesvorschläge im Hinblick auf eine Optimierung des allgemeinen Gesellschaftsrechts (neue, adaptierte Gesellschaftsformen) zu erarbeiten und im Hinblick auf die Diskussionen um öffentliche Güter und die Commons, soziale und ökologische Kriterien in die öffentlichen Ausschreibungen (lokal und national) einzubringen.

Somit : Ist die Strategie von OPE zu einem konkreten Beitrag in Bezug auf die heutigen gesellschaftlichen Herausforderungen eine eher subversive Strategie die versucht versorgende Sozialpolitik in wirtschaftlich sinnvolle und nachhaltige Beiträge umzuwandeln indem versucht wird in solchen Aktionsfeldern tätig zu werden die das ökosoziale Umfeld des Menschen beeinflussen und nicht den Menschen.

Erklärt die Summe der Arbeitslosen das Phänomen der Arbeitslosigkeit ?

Dies war eine der ad absurdum geführten gängigen Meinungen die am 12 November in Luzern in der Schweiz bei einer Zusammenkunft der Protagonisten der Solidar- und Sozialwirtschaft aus der Schweiz und aus Luxemburg diskutiert wurden.

An diesen Gesprächen, die auf Vermittlung von Prof. Dr. Isidor Wallimann, ein langjähriger Begleiter des Netzwerkes OPE, zustande kamen, nahmen Romain Binsfeld und Romain Biever von OPE und auf hohem Niveau, Delegierte von Caritas Schweiz und von regionalen Caritasstellen sowie vom Bundesamt für Sozialversicherungen, von Travail.Suisse(Gewerkschaft), Overall (Sozialfirmen Basel), SAH Basel (Schweizerisches ArbeiterInnen-Hilfswerk), ASSOF (Dachverband der Sozialfirmen Schweiz) teil.

Der Anlass für diese Zusammenkunft war dass aktuell in der Schweiz eine Debatte geführt wird wie in Zukunft « Sozialpolitik », auch in Bezug auf das Phänomen Arbeitslosigkeit, ausgerichtet werden soll.

Zu diesem Thema referierten die OPE-Vertreter indem sie das von ihnen entwickelte solidarwirtschaftlich organisierte Netzwerk in Luxemburg vorstellten und aufzeigten in welcher Form über die letzten 20 Jahre politische Arbeit und Projektarbeit geleistet wurde um ein gesellschaftliches Umfeld zu gestalten in welchem Solidarwirtschaft entstehen kann.

Relativ schnell wurde allseits erkannt dass mit den traditionellen und heute angewandten Instrumenten der Sozial- Arbeits- und Wirtschaftspolitik welche das Prinzip der Selektivität immer stärker zur Anwendung bringt, dem Phänomen Arbeitslosigkeit nicht beizukommen ist. Die europaweit steigende Zahl der Arbeitslosen spricht hier Bände.

In diesem Sinne wurde prinzipiell zurückbehalten dass es nicht die Summe der einzelnen Arbeitslosen ist welche das Phänomen der Arbeitslosigkeit beschreibt, sondern dass es das (neoliberale) wirtschaftspolitische Handeln ist welches Arbeitslosigkeit hervorbringt und so die Summe der Arbeitslosen definiert.

Daraus schlussfolgernd und in Berufung auf die von OPE entwickelte Strategie der demokratischen und lokalen Schaffung neuer und nachhaltiger Arbeit, wurde von der Schweizer Seite festgehalten, dass es einen Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik geben muss der es ermöglicht anstatt von zu definierenden Zielgruppen auszugehen, für welche spezielle Eingliederungsprogramme erstellt werden, eine Politik entwickelt werden muss welche die Umsetzung lokaler Bedürfnisse (im Sinne von social commons) an den Anfang der Überlegungen stellt und so neue Arbeit für Menschen hervorbringt.

Die Arbeit von OPE fand hier nicht nur eine strategische Anerkennung, es wurde zudem erkannt dass die Schweiz in puncto Gemeindeautonomie, Wirtschaftsaktivitäten, Immigration, usw., sehr vieles gemeinsam mit Luxemburg hat und dass das Modell OPE eine Ernst zu nehmende Alternative zur aktuellen Sozialpolitik in der Schweiz darstellt und die Gruppe dieses auch in die Schweizer Diskussion einbringen möchte.

Ausserdem, und im Bewusstsein dass Luxemburg einen Delegierten Minister für Soildarwirtschaft hat, wurde abgemacht dass eine Schweizer Delegation bestehend aus Regierungsbeamten und Mitarbeitern aus Verwaltungen und Projekten nächstes Jahr nach Luxemburg kommen wid um diese wichtigen Diskussionen weiterzuführen und zu vertiefen.